



Presseinformation

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Nr. 248/2003

Kiel, Montag, 22. September 2003

Bildungspolitik

Ekkehard Klug zur Qualitätssicherung und Wettbewerb im Bildungswesen

Vortrag zur Semestereröffnung an der International Management School (INTERMAS) in Bad Malente vom bildungspolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, **Dr. Ekkehard Klug:**

„Die schlechten Nachrichten häufen sich. Egal wo man hinschaut, trübt sich bei uns in Deutschland der Blick: Wirtschaft mau, Bildung miserabel, Politik ... na ja, Sie wissen schon...

Unter der dunklen Wolkendecke dämmert jedoch allmählich eine klare Erkenntnis hervor: die Einsicht, dass viele unserer Probleme miteinander zusammenhängen. Zur jüngsten OECD-Studie „Bildung auf einen Blick“ brachte die „Süddeutsche Zeitung“ die Schlagzeile: „Bildungspolitik Grund für Wirtschaftsflaute“¹. Ein Land, das im Bildungsbereich hinter andere Staaten zurückfällt, legt auch seiner wirtschaftlichen Entwicklung (weitere) Fesseln an.

Unübersehbar sind zudem die sozialen Folgekosten von Fehlentwicklungen im Bildungsbereich.

In deutschen Großstädten verlässt jeder dritte junge Türke unser Bildungssystem, ohne irgend einen Schulabschluss erreicht zu haben. Hier tickt eine „soziale Zeitbombe“, und hier wird natürlich auch ein großes Begabungspotenzial verschüttet.

Es ist also höchste Zeit, das Niveau und die Qualität der Bildung in Deutschland zu steigern - und vor allem die erkennbaren Schwachstellen auszumerzen.

Wenigstens eines haben die Alarmmeldungen der letzten Jahre bewirkt: Seit „PISA“ ist Bildungspolitik kein Randthema mehr, dass nur wenige Bürger

¹ Süddeutsche Zeitung, 17. September 2003.

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Ekkehard Klug, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Christel Aschmoneit-Lücke, MdL

Joachim Behm, MdL

Günther Hildebrand, MdL

Veronika Kolb, MdL

www.fdp-sh.de

interessiert. Bildung ist jetzt auch in Deutschland eines der zentralen Politikfelder.

Von dieser Neubewertung des Bildungsthemas bis zu nachhaltigen Verbesserungen scheint allerdings noch ein ziemlich weiter Weg vor uns zu liegen. Über viele Reformen wird geredet. Manche sind auch bereits eingeleitet worden. Oft geht es dabei aber vor allem darum, oberhalb der Wahrnehmungsschwelle ein möglichst lautes Innovationsgeräusch zu erzeugen.

Der Aktionismus der Bildungsministerien steht vielfach in einem umgekehrten Verhältnis zur absehbaren Wirkung.

Dies führt uns zu einem Grundproblem: Im Bildungsbereich sind positive, aber auch negative Wirkungen politischer und gesellschaftlicher Veränderungen erst nach relativ langer Zeit spürbar.

Das unterscheidet „Bildung“ prinzipiell von Konsumprodukten, die sich unmittelbar auf dem Markt behaupten müssen. Denken wir beispielsweise an die „A-Klasse“, mit der Mercedes anfangs ein Riesenproblem hatte: Nach dem gescheiterten Elchtest musste das Unternehmen sofort reagieren. Der Einbau eines Elektronischen Stabilitätsprogramms (ESP) in den neuen Kleinwagen brachte die Wende. Daimler-Chrysler hatte damit ein enormes Image- und Absatzproblem für die Marke Mercedes-Benz beseitigt, fand viele Kunden für die „A-Klasse“ und setzte zudem neue Maßstäbe für die gesamte Automobilbranche.

Im Bildungsbereich gibt es solche Erfolgsgeschichten nicht. Es gibt auch kein ESP, das man Schulen oder Hochschulen einbauen könnte. Die Schulzeit dauert neun bis dreizehn Jahre, ein Studium mindestens drei bis fünf Jahre. Welches Qualitätsniveau die in diesen langen Zeitspannen vermittelte Bildung erreicht, wird erst viel später erkennbar: im „Elchtest“ des Lebens, der Arbeitswelt, der Bewährung in einem anspruchsvoller werdenden sozialen Umfeld.

Auch in einer anderen Hinsicht steht Qualitätssicherung im Bildungsbereich vor einer prinzipiell anderen Ausgangssituation als in der Wirtschaft. In der Wirtschaft hat der Hersteller die Qualität seiner Produkte selbst in der Hand – von der technischen Qualität über das Design, das Image der Marke bis zum Preis und einem guten Marketing.

Das „Produkt Bildung“ hat hingegen keinen einzeln identifizierbaren Hersteller. Es ist eine Gemeinschaftsleistung, an der viele ihren Anteil haben: die Lehrenden, die Lernenden, das soziale Umfeld der Schüler – vor allem deren Familien - und darüber hinaus in einem größeren Zusammenhang die gesamte Gesellschaft. Letzteres kann man nirgendwo besser erkennen als beim PISA-Champion Finnland. Alles, was mit Lernen und Lehren zu tun hat, besitzt in Finnland seit langem einen viel höheren Stellenwert als bei uns in Deutschland. Finnland hat ein wesentlich freundlicheres „Bildungsklima“.

Daraus ergeben sich wesentliche Schlussfolgerungen für die Bildungspolitik. Will man die Qualität der Bildung erhöhen, müssen mehrere Voraussetzungen erfüllt werden:

1. Die erste Voraussetzung lautet: Man braucht **kompetente und motivierte Lehrkräfte, die guten Unterricht erteilen**. Insoweit besteht natürlich eine Parallele zu Wirtschaftsunternehmen, deren Erfolg ebenfalls von der Qualität der Mitarbeiter und des Managements abhängt. Im Unterschied zur

Christian Albrecht, Pressesprecher, V.i.S.d.P., FDP Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Landeshaus, 24171 Kiel, Postfach 7121, Telefon: 0431/9881488 Telefax: 0431/9881497, E-Mail: presse@fdp-sh.de, Internet: <http://www.fdp-sh.de/>

Wirtschaft sind die Erfolge im Bildungssektor jedoch von der Mitwirkung, der „Eigenleistung“ der „Kunden“, also der Schüler und Studierenden abhängig. Gute Lehrer können ihren Schülern ein hohes Bildungsniveau *ermöglichen* - zuverlässig *bewirken* können sie es nicht.

2. Die **Talente und die Anstrengungsbereitschaft der Schüler und Studenten** sind folglich die unabdingbare zweite Voraussetzung für die Qualität eines Bildungssystems. Der Bildungsminister im ersten Kabinett von Tony Blair, David Blunkett, hat dies unterstrichen, indem er eine „Kultur der Anstrengung“ (culture of effort) als Grundlage eines erfolgreichen Bildungswesens einforderte.

Daraus folgt zugleich, dass eine rein nachfrageorientierte Steuerung des Bildungswesens dessen Qualität nicht zu sichern vermag – jedenfalls solange die Nachfrage sich nicht ausdrücklich und ausschließlich auf Bildungsangebote richtet, die Leistung fordern und fördern. Falls die vorhandene Nachfrage sich nämlich *auch* auf Bildungsangebote bezieht, die andere Bedürfnisse befriedigen - z.B. gute Abschlussnoten ohne all zu große Mühe, dieses Ziel zu erreichen - , kann ein nachfrageorientierter Ansatz das gewünschte höhere Bildungsniveau nicht gewährleisten.

3. Die dritte Voraussetzung für hohe Bildungsqualität ist die **Erziehungsleistung der Familien und die Förderung der Schüler in den Familien**. Schon jedes fünfte Vorschulkind hat heute in Deutschland Sprachstörungen. Als eine Ursache für die rasante Zunahme dieser Probleme bezeichnen Fachärzte die mangelnde Kommunikation zwischen Eltern und Kindern in manchen Familien². Deshalb sind Schulleistungsdefizite, die unser Land im internationalen Vergleich aufweist, nicht zuletzt auch auf vor- und außerschulische Ursachen zurückzuführen³.

Auch Erziehungsaufgaben werden häufig von Eltern auf die Institution Schule abgeschoben – mit der Folge, dass die Schule durch neue Aufgaben – Stichwort „Benimm-Unterricht“ - wichtige Unterrichtszeit für ihren eigentlichen Bildungsauftrag verliert.

Durch öffentliche Angebote – wie z.B. Kindergärten mit verstärktem Bildungsangebot im Vorschulalter oder durch Ganztagschulen, die Raum und Zeit für soziales Lernen bieten - lassen sich solche Fehlentwicklungen nur begrenzt ausgleichen.

Ohne den wesentlichen Beitrag der Familie zu Bildung und Erziehung werden die öffentlichen Bildungseinrichtungen überfordert. Durch neue Erkenntnisse der Neurowissenschaften wissen wir heute, wie sehr die Entwicklung des menschlichen Gehirns bereits von Weichenstellungen in den ersten Lebensjahren abhängen. So betonte erst kürzlich der Göttinger Neurobiologie Gerald Hüther,

„welch nachhaltigen Einfluss frühe Bindungserfahrungen darauf haben, wie und wofür ein Kind sein Gehirn benutzt, und welche Verschaltungen

² dpa-Meldung vom 12.09.2003: „Jedes fünfte Vorschulkind mit Sprachstörungen – Kommunikation fehlt.“ – Vgl. auch die Informationen der Deutschen Gesellschaft für Phoniatrie und Pädaudiologie im Internet: www.dgpp.de)

³ dpa-Meldung vom 27.08. 2003: „Schlüssel zum Lernerfolg liegt vor und außerhalb der Schule“. [Bericht über einen Fachbeitrag von Prof. Dr. Klaus Ring].

zwischen den Milliarden Nervenzellen deshalb besonders gut gebahnt und stabilisiert, und welche nur unzureichend entwickelt und ausgeformt werden“.⁴

4. Der **Beitrag des gesellschaftlichen Umfelds** ist schließlich die vierte Voraussetzung für eine hohe Qualität unseres Bildungssystems. Zu einem guten „Bildungsklima“, einer hohen „Bildungskultur“ können Staat und Gesellschaft durch vieles beitragen:

- Leistungen von Lehrenden und Lernenden müssen eine bessere öffentliche Anerkennung erhalten.
- Besonders begabte Schüler und Studenten müssen gezielt gefördert werden. Im Schulbereich sind hochbegabte Kinder und Jugendliche bislang eine „vergessene Minderheit“. Diese Missachtung vorhandener Talente gilt es schnellstens zu beenden.
- Lernschwächere und Angehörige von Problemgruppen müssen durch spezielle Förderkonzepte ein höheres Bildungsniveau erreichen können, als dies bislang der Fall ist. Wie in den skandinavischen Staaten müssten zum Beispiel Kinder von Einwandern schon vor der Aufnahme in eine „normale“ Grundschulklasse die Landessprache - also Deutsch - so gut erlernt haben, dass sie dem Unterricht auch tatsächlich folgen. Nur so sind Integration und gute Bildungschancen für ausländische Schüler erreichbar.
- Schließlich müssen die öffentlichen Mittel für den Bildungsbereich auf jenen Anteil am Staatsbudget angehoben werden, der in vielen anderen Staaten üblich ist. Im Durchschnitt wenden die OECD-Länder 13% ihrer öffentlichen Ausgaben für den Sektor Bildung auf; in Deutschland sind es bislang nur 10%.⁵

Höhere Bildungsinvestitionen sind freilich noch keine Garantie für eine höhere Qualität der Bildung. Die Mittel müssen auch richtig eingesetzt werden: zur Förderung der lernschwächeren ebenso wie der hochbegabten Schüler, für den Sprachunterricht bei Migrantenkindern, zur Stärkung der vorschulischen Bildung im Kindergarten und für unterstützende Ganztagsangebote im Schulbereich.

Vor allem aber muss im Bildungsbereich auch der **Wettbewerb** gefördert werden. Wie in der Wirtschaft kann Wettbewerb auch im Bildungswesen zu Leistung und Qualität beitragen.

Wettbewerb setzt Vielfalt voraus. Es muss möglich sein, zwischen unterschiedlichen Bildungsangeboten eine Auswahl zu treffen.

Deshalb hat meine Fraktion auch im schleswig-holsteinischen Landtag eine Initiative eingebracht mit dem Ziel, **Schuleinzugsbereiche**, die für Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen und Sonderschulen praktisch vor Ort eine Monopolstellung begründen, **abzuschaffen**.

⁴ Gerald Hüther, Damit die Saat der Bildung auch aufgeht... Der Einfluss früherer Erfahrungen auf die Hirnentwicklung. In: Forschungsdienst Lesen und Medien. Herausgegeben von der Stiftung Lesen, Nr. 21/2002, Zitat S. 1.

⁵ „Bildung auf einen Blick 2003“. OECD briefing notes for Germany. Im Internet unter www.oecd.org, S. 6.

Christian Albrecht, Pressesprecher, V.i.S.d.P., FDP Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Landeshaus, 24171 Kiel, Postfach 7121, Telefon: 0431/9881488 Telefax: 0431/9881497, E-Mail: presse@fdp-sh.de, Internet: <http://www.fdp-sh.de/>

Der FDP-Antrag, das Schulgesetz unseres Landes entsprechend zu ändern, ist jedoch von allen anderen Parlamentsfraktionen abgelehnt worden. Nach wie vor können kommunale Schulträger Eltern zwingen, ihre Kinder auf eine bestimmte Schule der jeweiligen Wohnsitzgemeinde zu schicken, selbst dann, wenn eine andere Schule der elterlichen Wohnung näher gelegen ist oder wenn diese von den Eltern wegen ihrer überzeugenderen pädagogischen Arbeit lieber gewählt würde.

Wettbewerb muss außerdem auch **zwischen öffentlichen und privaten Bildungseinrichtungen** möglich sein.

Bislang baut der Staat vor der Gründung von Schulen freier Träger hohe Hürden auf: in Schleswig-Holstein z.B. durch eine dreijährige Wartefrist für die Zahlung öffentlicher Zuschüsse sowie durch deren Begrenzung auf 80% der Kosten vergleichbarer öffentlicher Schulen. Diese Hürden haben dazu geführt, dass in Schleswig-Holstein nur etwa 3% der Schüler allgemeinbildende Schulen freier Träger (und davon rund die Hälfte Schulen der dänischen Minderheit).

Im Hochschulbereich folgt aus dem Wettbewerbsprinzip auch die Forderung, die **Zentralstelle zur Vergabe von Studienplätzen (ZVS) abzuschaffen** und den Hochschulen das Recht zu geben, ihre Studierenden selbst auszuwählen. Die einzigen Institutionen, die sich ihre „Klientel“ in Deutschland nicht selbst aussuchen können, sind - neben den Gefängnissen – die staatlichen Hochschulen im Bereich der ZVS-gesteuerten Zulassungsverfahren.

Funktionierender Wettbewerb setzt voraus, dass man sich von der Qualität der unterschiedlichen Bildungsangebote ein möglichst objektives Bild machen kann. Bislang ist das Schulwesen für Außenstehende eher eine „black box“. Nötig ist daher **Transparenz, Offenheit, die Möglichkeit, Vergleiche zu ziehen und unterschiedliche Leistungen beurteilen zu können.**

Qualitätssicherung setzt den Vergleich voraus. **Leistungsvergleiche** zwischen Schulen können vor allem durch **Vergleichsarbeiten** ermöglicht werden, die in allen Schulen zur gleichen Zeit mit einheitlicher Aufgabenstellung geschrieben werden.

Natürlich ermittelt man auf diese Weise nicht „Bildung“, sondern erhebt nur den Wissensstand in bestimmten Bereichen, zum Beispiel die Grundkenntnisse in Deutsch und Mathematik möglichst bereits ab dem 3. Grundschuljahr. Vergleichsarbeiten messen also Bildungsvoraussetzungen, aber dies ist ja wichtig genug.

In der Sicherstellung solcher Leistungsvergleiche, die sich an allgemeinen Standards orientieren, muss künftig eine wesentliche Aufgabe des Staates im Schulbereich liegen (Artikel 7 Grundgesetz Absatz 1: „Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates“).

Im Zuge der PISA-Debatte haben die Bundesländer begonnen, schrittweise solche Leistungsvergleiche bzw. Vergleichsarbeiten einzuführen. Schleswig-Holstein beginnt damit – relativ spät - im Jahr 2004 mit Vergleichsarbeiten von Viertklässlern in Deutsch und Mathematik. **In einem entscheidenden Punkt will die amtierende Landesregierung die Öffentlichkeit aber für dumm verkaufen:**

„Ob eine Schule ihr Abschneiden... öffentlich macht oder gar damit wirbt, soll sie selbst entscheiden“⁶. Eine wesentliche Voraussetzung für funktionierenden Wettbewerb zwischen den Schulen wird damit hierzulande von vornherein verweigert.

Deshalb lautet meine **Forderung: Keine Geheimniskrämerei um die Ergebnisse von Leistungsvergleichen, unbeschränkte Öffentlichkeit ihrer Resultate!**

Dass diese Ergebnisse dann jeweils genau analysieren und bewerten muss, ist eine pure Selbstverständlichkeit. Darüber, welche Konsequenzen aus Leistungsvergleichen zu ziehen sind, bedarf es in jedem Einzelfall einer genauen Prüfung. Sehr problematisch ist jedenfalls eine Forderung, die die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände erhebt: danach sollen Schulen, die bei solchen Leistungsvergleichen schlecht abschneiden, bei der Zuteilung öffentlicher Mittel Folgen spüren⁷. Da jede Schule mit den Voraussetzungen leben muss, die ihre Schüler in Bildung und Erziehung „mitbringen“, wären finanzielle Sanktionen nicht nur ungerecht sondern auch unsinnig: Man kann schließlich nicht eine Grundschule im Hamburger Problemstadtteil Wilhelmsburg dafür bestrafen, dass sie bei Leistungsvergleichen vermutlich schlechter abschneidet als eine Grundschule im Nobelvorort Hamburg-Blankenese.

Der Wert von Leistungsvergleichen im Schulbereich liegt darin, dass sie Schwächen und Probleme aufdecken. Daraus sollte ein ernsthaftes Bemühen hervorgehen, solche Unzulänglichkeiten zu überwinden.

Das ist vor allem die Aufgabe der Lehrer, Eltern und Schüler der betroffenen Schule. Solange diese Aufgabe vor Ort in Eigenverantwortung angenommen wird, sollte sich der Staat auf unterstützende Hilfestellung beschränken. Nur dann, wenn die Verantwortung vor Ort nicht wahrgenommen wird, muss die staatliche Schulaufsicht gezielt eingreifen.

Unser öffentliches Schulwesen ist heute eher überbürokratisiert und überreglementiert. Eine Reformpolitik, die im Bildungsbereich auf ein höheres Qualitätsniveau abzielt, muss daher zwei Dinge miteinander verbinden:

1. den Verzicht auf staatliche Detailsteuerung und die Stärkung schulischer Eigenverantwortung;
2. die Forderung, dass sich die Schulen Leistungsvergleichen unterziehen und über deren Ergebnisse öffentlich Rechenschaft ablegen.“

⁶ „Kieler Nachrichten“ vom 19. August 2003: „VERA kommt in die Schule. Ab Herbst 2004 Vergleichsarbeiten in Mathe und Deutsch für alle Viertklässler“.

⁷ Für eine neue Bildungsoffensive. Hrsg. von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, mit einem Vorwort von Dieter Hundt, S. 19.